

Gute Arbeit in der energieintensiven Industrie: Stahl und Aluminium

Die IG Metall Düsseldorf-Neuss steht für gute Arbeitsplätze und einen starken Industriestandort in der Region. Die Stahl- und Aluminiumindustrie ist unverzichtbarer Teil einer zukunftsorientierten und innovativen Wirtschaft in der Region und in Nordrhein-Westfalen. Sie ist technologisch und qualitativ mit ihren Produkten und mit ihren qualifizierten Beschäftigten gut aufgestellt.

Als Technologiegeber trägt sie in erheblichem Maße zur Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungskette bei und ist ein maßgeblicher Impulsgeber für eine nachhaltige Entwicklung. Auch in Zukunft braucht NRW eine Stahl- und Aluminiumindustrie, die technologisch mit an der Spitze steht, um den bevorstehenden Strukturwandel zu meistern. Auch Klima- und Ressourcenschutz beginnen häufig beim Stahl bzw. Aluminium.

Grundstoffindustrien wie Stahl oder Aluminium haben eine hohe beschäftigungspolitische Bedeutung. Die Weiterverarbeitung der Werkstoffe zu High-Tech-Produkten und die damit einhergehende geschlossene Wertschöpfungskette hat für den Wirtschaftsstandort Deutschland und insbesondere in unserer Region eine hohe Bedeutung.

Nur wenn beides, Grundstoffindustrie und Weiterverarbeitung, in Deutschland gesichert werden kann, werden weiterhin innovative Produkte in innovativen Produktionsverfahren gesichert. Betrachtet man die industrielle Struktur im Wirtschaftsraum Düsseldorf-Neuss, zeigt sich auch hier die große Bedeutung der Stahl- und Aluminiumindustrie. 8.000 gut bezahlte, hoch qualifizierte und mit vorbildlichen Arbeitsbedingungen ausgestattete Arbeitsplätze sind zu schützen.

Neben den gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen sieht sich die Stahl- und Aluminiumindustrie aktuell nationalen und globalen politischen Herausforderungen ausgesetzt, auf die wir Antworten finden müssen. Gute Arbeit in der energieintensiven Stahl- und Aluminiumindustrie braucht auf dem internationalen Markt faire Wettbewerbsbedingungen und eine Perspektive in Deutschland. Dazu gehören:

Erhalt der industriellen Wertschöpfungsketten in Deutschland: Die enge Verbindung von Grundstoffindustrie und Schlüsselbranchen - von der Stahl- und Aluminiumindustrie bis zum Automobil- und Maschinenbau - beschleunigt Innovationen, sorgt für nachhaltige Beschäftigungschancen und schafft Vorteile für den Standort.

Sicherung der Versorgung mit netzstabilem Strom: Wer gute Industriearbeit in Deutschland dauerhaft halten will, der muss eine sichere Stromversorgung rund um die Uhr garantieren. Die aktuelle Maximallast der deutschen Stromerzeugung bleibt darum auch in Zukunft der Maßstab. Abgeschaltete Kernkraftwerke müssen durch zuverlässige Kapazitäten ersetzt werden. Dazu ist mittelfristig weiterhin auch Kohleverstromung notwendig, um negative Auswirkungen auf die Stromkosten und die Versorgungsstabilität zu vermeiden.

Bezahlbarer Strom für die Industriearbeitsplätze in Deutschland: Um im internationalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze mithalten zu können, darf die energieintensive Stahl- und Aluminiumindustrie nicht einseitig mit den Kosten der Energiewende belastet werden. Sonst wandert Arbeit ab in Standorte mit niedrigeren Strompreisen.

Kein nationaler Alleingang bei einer CO₂-Besteuerung: Eine internationale CO₂-Steuer kann ökonomische Anreize zur Treibhausgasreduzierung setzen. National oder in einer kleinen Gruppe von Staaten kann dieses Modell allerdings nicht funktionieren und würde lediglich die Industriearbeitsplätze in Deutschland gefährden.



Nutzung der Potentiale der Grundstoffindustrie für die Energiewende: Die energieintensive Stahl- und Aluminiumindustrie liefert das Material für emissionsfreie Energieerzeugung und zur Steigerung von Energieeffizienz. Das ist eine große Chance für erfolgreichen Klimaschutz und muss durch Innovation vorangetrieben werden. Insbesondere ein zunehmend unfairer Handel und sich ausbreitende protektionistische Tendenzen auf den Weltmärkten belasten aktuell die Stahl- und Aluminiumindustrie. Hinzu kommen ehrgeizige Klimaziele, die erreicht werden müssen, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren und Carbon Leakage zu riskieren.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der IG Metall die Innovationskraft der Stahl- und Aluminiumindustrie zu erhalten, auszubauen und ihre Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu sichern. Die Unterzeichner setzen sich für die erfolgreiche Verknüpfung von Klimaschutz und industrieller Wettbewerbsfähigkeit ein. Weitere Belastungen für die Stahl- und Aluminiumindustrie müssen vermieden werden. Nur wenn eine strompreis- und CO₂-kostenbedingte Abwanderung der Produktion (Carbon Leakage) dauerhaft verhindert wird, können diese Industrien vor Ort Forschung betreiben und sich auch langfristig ihren Zukunftsaufgaben stellen. Der Weg zu einer CO₂-armen Industrie muss verantwortungsvoll und tragfähig beschritten werden. Dafür ist die Schaffung weltweit gleicher Wettbewerbsbedingungen essentiell.

Die IG Metall fordert nationale und europäische Rahmenbedingungen, mit denen eine international wettbewerbsfähige und leistungsstarke Stahl- und Aluminiumproduktion weiterhin möglich ist und die Beschäftigung und guten Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen sichern können.

Die Strompreise in Deutschland sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Grund dafür sind vorrangig Steuern, Abgaben und Umlagen. Für die deutsche Industrie führt dies zu Wettbewerbsnachteilen im europäischen und internationalen Vergleich. Daher muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die Belastungsbegrenzungen der energieintensiven Industrien bei den energiepolitischen Strompreisaufschlägen beibehalten werden.

Der im Rahmen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ geplante Kohleausstieg kann erhebliche negative Auswirkungen auf Stromkosten und Versorgungssicherheit energieintensiver Industrien wie Stahl und Aluminium haben. Deshalb müssen für alle Empfehlungen der Kommission Folgeabschätzungen erstellt werden. Insbesondere um die Strompreiseffekte, die von einem Kohleausstieg ausgehen, zu berücksichtigen.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stahl- und Aluminiumindustrie muss daher auch von der Kommission in hohem Maße berücksichtigt werden und die Auswirkungen der zu treffenden Entscheidungen auf die energieintensiven Industrien sowie die nachgelagerten Wertschöpfungsketten müssen im Vorfeld umfassend geprüft werden.

Für die IG Metall Düsseldorf-Neuss

Karsten Kaus

Volker Consoir

Für die Betriebsratsvorsitzenden der Stahl- und Aluminiumindustrie

Heinz Höhner

Hydro Aluminium Rolled P. Grevenbroich

Stefan Pongracz

Aluminium Norf

Karl-Heinz Schmidt

Vallourec Düsseldorf-Rath

Ayhan Üstün

Vallourec Düsseldorf-Reisholz

